

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Wahlkampfbüro Dr. Martin Rosemann**



Büro Dr. Martin Rosemann - Karlstr. 3 - 72072 Tübingen

Tübingen, den 16.09.2009

Sehr geehrte

vielen Dank für Ihre Anfrage zum Thema Flüchtlingspolitik. Ich richte mich als Politiker nach der Maxime, den Mensch ins Zentrum meines politischen Handelns zu stellen. Es muss der Anspruch der Politik sein, allen Menschen ein würdiges und gutes Leben zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere auch für das Feld der Flüchtlingspolitik. Asylbewerber dürfen in Deutschland keine Bürger zweiter Klasse sein. Wir werden unsere Anstrengungen verstärken, um die verfehlte Flüchtlingspolitik der vergangenen Jahrzehnte zu korrigieren. Das von der rot-grünen Bundesregierung verabschiedete Zuwanderungsgesetz war ein erster Schritt in die richtige Richtung, denn es machte deutlich, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist. Die Reform des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2007 stellte für die SPD einen schmerzhaften Kompromiss mit den restriktiven Vorstellungen der Union dar.

Folgend möchte ich gerne kurz auf die von Ihnen gestellten Fragen eingehen:  
Die Wirtschaftskrise betrifft besonders auch Migrantinnen und Migranten und stellt sie vor schwere Herausforderungen. Viele Arbeitsplätze in Bereichen, in denen Migrantinnen und Migranten beschäftigt sind, sind derzeit von der Krise bedroht. Dieser besonderen Situation muss man Rechnung tragen. Ich befürworte deshalb eine Verlängerung von vorläufigen Aufenthaltserlaubnissen über den 31.12.2009 hinaus, auch wenn die strengen Voraussetzungen zur Einkommenssicherung nicht oder nur zum Teil erfüllt werden. Gleichzeitig kann dies aber nur eine Übergangslösung in der Krise sein. Langfristig setzt sich die SPD für eine Abschaffung der Kettenduldung ein. Deutschland ist ein Zuwanderungsland. Wir müssen unsere Anstrengungen verstärken Migrantinnen und Migranten zu integrieren. Dazu gehört es auch, gleiche Bildungschancen zu schaffen und spezielle Förderangebote auszubauen. Wir planen eine bessere Anerkennung von Qualifikationen aus den Herkunftsländern. Es darf nicht sein, dass gut ausgebildeten Migrantinnen und Migranten zusätzliche Hindernisse in den Weg gelegt werden. Die Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst wollen wir ausbauen. Ich sehe die Stichtagregelung durchaus kritisch und ziehe dieser eine Regelung nach Mindestaufenthaltsdauer vor. Hierbei unterstütze ich eine Senkung der Mindestaufenthaltsdauer. Allerdings müssen Migrantinnen und Migranten auch ihrem Teil der Pflicht nachkommen. Integration funktioniert nur, wenn sich beide Seiten aufeinander zu bewegen. Der Erwerb von

Wahlkampfbüro  
Bundestagskandidat  
Dr. Martin Rosemann

Karlstr. 3  
72072 Tübingen  
Tel.: 07071 - 253345

Fax: 07071 - 253349  
[Ihr-Kandidat@martin-rosemann.de](mailto:Ihr-Kandidat@martin-rosemann.de)  
[www.martin-rosemann.de](http://www.martin-rosemann.de)

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Wahlkampfbüro Dr. Martin Rosemann**



Deutschkenntnissen ist hier die Grundvoraussetzung. Migrantinnen und Migranten müssen eine realistische Chance bekommen die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Ich werde mich für eine Erleichterung der Einbürgerung einsetzen. An den neu eingeführten Sprachtests halte ich fest, spreche mich aber für eine Senkung des Standards für Migrantinnen und Migranten der ersten Generation aus. In unseren Bemühungen geht es der SPD besonders um die Reform der doppelten Staatsbürgerschaft. Das Optionsmodell nach dem sich junge Menschen mit zwei Pässen bis zum 23. Lebensjahr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen, gehört abgeschafft. Die SPD spricht sich für die dauerhafte doppelte Staatsbürgerschaft aus.

Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ist für uns nicht die Lösung des Problems. Wir fordern seit Jahren eine Verbesserung dieses Gesetzes. Wie schon einmal erwähnt, darf es in Deutschland keine Bürger zweiter Klasse geben. Dies trifft auf den Grundbedarf für Flüchtlinge genauso zu wie auf deren Unterbringung und die medizinische Versorgung. Im Falle meiner Wahl werde ich mich für die Anhebung der Leistungen entsprechend der gesetzlichen Mindeststandards einsetzen. Asylbewerber müssen denselben Anspruch auf eine qualifizierte medizinische Versorgung haben, wie jeder Bundesbürger auch.

In meiner Funktion als Vorsitzender der Tübinger SPD-Gemeinderatsfraktion bemühe ich mich bereits seit längerem um die Belange von AsylbewerberInnen und Migrantinnen. Die Stadt Tübingen ist die vierte Stadt in Deutschland welche die Kampagne „save-me“ unterstützt. Dies ist auf einen interfraktionellen Antrag von SPD, Grünen und Tübinger Linken im Gemeinderat zurückzuführen, an dem ich maßgeblich mitgewirkt habe. Persönlich bin einer von inzwischen 151 Tübinger Paten und Patinnen der Kampagne „save-me“. Als Mitglied des Bundestags werde ich mich dafür einsetzen, dass sich Deutschland verpflichtet, weiterhin ein jährliches Kontingent an Flüchtlingen im Rahmen des Resettlement-Programms aufzunehmen und zu integrieren.

Bei weiteren Fragen können Sie sich gerne an mich wenden.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Rosemann".

Ihr Martin Rosemann

Wahlkampfbüro  
Bundestagskandidat  
Dr. Martin Rosemann

Karlstr. 3  
72072 Tübingen  
Tel.: 07071 - 253345

Fax: 07071 - 253349  
[Ihr-Kandidat@martin-rosemann.de](mailto:Ihr-Kandidat@martin-rosemann.de)  
[www.martin-rosemann.de](http://www.martin-rosemann.de)